



Bewilligungsvoraussetzungen zum Geschäftsbetrieb

Schadenversicherung

Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem EU-Staat

Stand:

1. Januar 2006

1. Grundsätzliches

Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem EU-Staat bedürfen einer Bewilligung des Bundesamtes für Privatversicherungen (BPV), gleichgültig ob sie in der Schweiz und/oder von der Schweiz aus im Ausland Versicherungsgeschäfte betreiben – unter Vorbehalt abweichender staatvertraglicher Bestimmungen.

Die nachfolgenden Ausführungen gelten für Versicherungsunternehmen, welche beabsichtigen, in der Schweiz und von der Schweiz aus Versicherungsgeschäfte zu betreiben.

Eine Bewilligung ist für jeden einzelnen Versicherungszweig erforderlich (Art. 3 – 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes; VAG). Die Bewilligung für einen Versicherungszweig schliesst ebenfalls die Bewilligung für die aktive Rückversicherung in diesem Versicherungszweig ein (Art. 3 Abs. 5 Aufsichtsverordnung; AVO).

Die Bewilligung wird erteilt, wenn die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und die Interessen der Versicherten gewahrt sind (Art. 6 VAG). Nach der Erteilung der Bewilligung übt das BPV eine ständige Aufsicht über die gesamte Geschäftstätigkeit der Niederlassung in der Schweiz aus (Art. 46 VAG).

Die Versicherungsunternehmen haben den Betrieb der ihnen bewilligten Versicherungszweige innert sechs Monaten tatsächlich aufzunehmen (Art. 61 VAG).

Ohne diese Bewilligung ist es untersagt, in der Schweiz oder von der Schweiz aus Versicherungsgeschäfte zu betreiben (Art. 87 VAG).

2. Vorgehen zur Erfüllung der Bewilligungsanforderungen

Das Versicherungsunternehmen hat in der Schweiz eine Zweigniederlassung für das gesamte schweizerische Geschäft zu errichten und als seinen Leiter einen Generalbevollmächtigten zu bestellen (Art. 15 VAG).

Das Versicherungsunternehmen hat dem BPV ein Gesuch um Erteilung der Bewilligung zum Geschäftsbetrieb einzureichen, dem ein Geschäftsplan beizulegen ist (Art. 4 VAG). Es besteht die Möglichkeit, den Geschäftsplan dem BPV bereits vor der formellen Gesuchseinreichung vorzulegen, damit er in gegenseitiger Zusammenarbeit bereinigt werden kann.

Eine Bewilligung wird erteilt für einen oder mehrere der im Anhang I zur AVO (B. Schadenversicherung) aufgeführten Versicherungszweige.

Versicherungsunternehmen, die in ihrem Sitzland sowohl das Lebens- wie das Nichtlebensgeschäft betreiben (Kompositversicherer), dürfen in der Schweiz nicht im Lebensversicherungsbereich, sondern nur im Nichtlebensbereich tätig sein (Art. 12 VAG).

Ein Versicherungsunternehmen darf neben dem Versicherungsgeschäft grundsätzlich nur Geschäfte betreiben, die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehen (Art. 11 VAG).

a) Geschäftsplan

Der Geschäftsplan muss folgende Angaben und Unterlagen enthalten (Art. 4 VAG):

- Auszug aus dem Handelsregister für die Zweigniederlassung in der Schweiz.
 - Die Statuten der Gesuchstellerin sowie die letzten drei Geschäftsberichte.
 - Die Organisation und den örtlichen Tätigkeitsbereich des Versicherungsunternehmens, gegebenenfalls auch der Versicherungsgruppe oder des Versicherungskonglomerats, zu denen das Versicherungsunternehmen gehört.
 - Das Versicherungsunternehmen macht Angaben über das Gesamtsystem der Unternehmensorganisation und der Führungs- und Kontrollinstrumente. Es berichtet auch über das interne Kontrollsystem und die interne Revisionsstelle.
 - Beizulegen ist ein Organigramm des Versicherungsunternehmens und wenn es einer Versicherungsgruppe oder einem Konglomerat angehört ebenfalls der Versicherungsgruppe bzw. des Konglomerats.
 - Ein Organigramm der Zweigniederlassung in der Schweiz.
 - Bei Versicherungstätigkeit im Ausland: die Bewilligung der zuständigen ausländischen Aufsichtsbehörde oder eine gleichwertige Bescheinigung.
 - Angaben zur finanziellen Ausstattung und zu den Rückstellungen. Dazu gehören insbesondere:
 - Finanzielle Ausstattung: Das ausländische Versicherungsunternehmen muss ein Solvabilitätszeugnis einreichen sowie eine Solvabilitätsspanne nach Art. 9 VAG ausweisen, die auch die Geschäftstätigkeit in der Schweiz umfasst.
 - Technische Rückstellungen: Zu nennen sind die Bedingungen der Bildung und der Auflösung der technischen Rückstellungen. Die verwendeten Rückstellungsmethoden und die Bewertung der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten sind zu dokumentieren (Art. 16 VAG; Art. 54 und 69 Aufsichtsverordnung; AVO).
 - Angaben zur geplanten Anlagepolitik.
 - Ernennungsurkunde und Vollmacht (gemäss Formular des BPV) sowie ein Curriculum Vitae des Generalbevollmächtigten (Art. 15 Abs. 1 Bst. b VAG und Art. 16 ff. AVO).
 - Die namentliche Bezeichnung des verantwortlichen Aktuars oder der verantwortlichen Aktuarin.
 - Der verantwortliche Aktuar oder die verantwortliche Aktuarin muss einen guten Ruf geniessen, beruflich qualifiziert und in der Lage sein, die finanziellen Folgen der Tätigkeit des Versicherungsunternehmens richtig einzuschätzen (Art. 23 VAG).
 - Er oder sie muss über den Titel „Aktuar SAV“ oder einen gleichwertigen Titel verfügen. Auf Antrag kann die Aufsichtsbehörde auch eine entsprechende fachliche Ausbildung verbunden mit einer mindestens fünfjährigen Berufserfahrung als Aktuar oder Aktuarin als Nachweis der beruflichen Fähigkeiten anerkennen (Art. 99 AVO).
 - Die Verträge oder sonstige Absprachen, durch die wesentliche Funktionen des Versicherungsunternehmens ausgegliedert werden sollen.
 - Wesentliche Funktionen eines Versicherungsunternehmens sind Tätigkeiten, die zwingend zu einem Versicherungsunternehmen gehören. Es sind dies: Die Produktion (Vertrieb, Absatz), Die Bestandesverwaltung (Policenverwaltung), die Schadenregulierung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage/-verwaltung sowie IT / EDV. Die Mehrheit der wesentlichen Funktionen muss beim Versicherungsunternehmen verbleiben.
 - Bereiche, die nicht ausgegliedert werden dürfen, sind: Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle durch den Verwaltungsrat sowie zentrale Führungsaufgaben.
- Über weitere Voraussetzungen und Aspekte des sogenannten Outsourcings orientiert Sie das BPV auf Anfrage gerne.
- Die geplanten Versicherungszweige und die Art der zu versichernden Risiken sowie Angaben zur geplanten Geschäftspolitik.

- Falls die Motorfahrzeughaftpflichtversicherung betrieben werden soll: Die Erklärung des Beitritts zum Nationalen Versicherungsbüro und zum Nationalen Garantiefonds.
- Angaben über die Mittel zur Erfüllung der Beistandsleistungen, sofern eine Bewilligung für den Versicherungszweig „Touristische Beistandsleistung“ beantragt wird.
- Den Rückversicherungsplan sowie, für die aktive Rückversicherung, den Retrozessionsplan. Das Versicherungsunternehmen hat nachzuweisen, dass der oder die Rückversicherer zur Übernahme des Risikos bereit sind. Der Eigenbehalt über das gesamte Schweizergeschäft jedes Versicherungszweiges sollte nicht weniger als 10% betragen.

Dem BPV sind Kopien der abgeschlossenen Rückversicherungsverträge einzureichen.

- Die voraussichtlichen Kosten der Gründung und des Aufbaus oder einer aussergewöhnlichen Geschäftsausweitung der Zweigniederlassung (Art. 15 Abs. 1 Bst. d VAG).
- Die Planzahlen für die ersten drei Geschäftsjahre.
- Angaben zur Erfassung, Begrenzung und Überwachung der Risiken. Die Niederlassung muss über ein den Geschäftsverhältnissen angemessenes Risikomanagement verfügen (Art. 22 VAG; Art. 96 – 98 AVO).
- Die Tarife und Allgemeinen Versicherungsbedingungen, welche in der Schweiz verwendet werden bei der Versicherung von sämtlichen Risiken in der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung (Krankenzusatzversicherung) sowie in der Elementarschadenversicherung. Diese Tarife und Allgemeinen Versicherungsbedingungen unterstehen der Genehmigungspflicht. Im Einzelnen gilt Folgendes:
 - Krankenzusatzversicherung: Die Tarife sind durch zweckdienliche, statistisch-technische Unterlagen zu begründen (Art. 38 VAG). Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen müssen mit den zwingenden Vorschriften der schweizerischen Gesetzgebung im Einklang stehen (Art. 117 AVO).
 - Elementarschadenversicherung: Für diesen Zweig gilt eine spezielle aufsichtsrechtliche Ordnung. Insbesondere sind Deckungsumfang und Prämientarif der Elementarschadenversicherung für alle Versicherungsunternehmen einheitlich und verbindlich (Art. 33 VAG). Es wird auf das ergänzende Merkblatt für diesen Versicherungszweig verwiesen (s. unter Ziff. 2.2. „weitere Informationen“).

Vorzulegen sind auch die nicht genehmigungspflichtigen Tarife und Allgemeinen Versicherungsbedingungen in den übrigen Versicherungszweigen.

- Weitere Angaben und Unterlagen: Das BPV kann im Einzelfall weitere Angaben und Unterlagen verlangen, sofern diese für die Beurteilung des Gesuchs erforderlich sind (Art. 4 Abs. 4 VAG).

b) Weitere Informationen

Für folgende Versicherungszweige stellt das BPV ergänzende Merkblätter zur Verfügung:

- Versicherungszweig B1, Unfallversicherung
- Versicherungszweig B8, Elementarschadenversicherung
- Versicherungszweig B10, Motorfahrzeughaftpflichtversicherung
- Versicherungszweig B14, Kreditversicherung
- Versicherungszweig B17, Rechtsschutzversicherung
- Krankenzusatzversicherung

3. Einige Hinweise auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Erteilung der Bewilligung (bei laufendem Geschäftsbetrieb)

Das schweizerische Aufsichtsrecht unterstellt die Versicherungsunternehmen, resp. die Niederlassungen, einer permanenten Aufsicht. Dies bedeutet, dass die Versicherungsunternehmen, resp. die Niederlassungen, nicht nur für die dauernde Einhaltung der in Ziff. 2 genannten Bewilligungsanforderungen sorgen müssen. Sie haben überdies eine Reihe weiterer aufsichtsrechtlicher Pflichten zu befolgen.

Einige der wichtigsten dieser Pflichten sind nachfolgend im Sinne einer nicht abschliessenden Aufzählung aufgeführt. Diese Aufzählung stellt eine allgemeine Information dar und kann die Lektüre und Kenntnisnahme der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen nicht ersetzen. Bei Fragen zum Verständnis oder zur Interpretation einzelner Normen des Aufsichtsrechts gibt das BPV den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern gerne Auskunft.

a) Änderungen des Geschäftsplans

Die Änderungen des Geschäftsplans gemäss Art. 5 Abs. 1 VAG sind dem BPV vor deren Umsetzung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Die Änderungen des Geschäftsplanes gemäss Art. 5 Abs. 2 VAG sind dem BPV innert 14 Tagen ab Eintritt des mitteilungspflichtigen Sachverhaltes mitzuteilen (Art. 5 AVO). Sie gelten als genehmigt, sofern die Aufsichtsbehörde nicht innert vier Wochen eine Prüfung des Vorganges einleitet.

b) Organisation der Zweigniederlassung

Organisation und leitendes Personal der Zweigniederlassung müssen Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung in der Schweiz bieten.

Der oder die Generalbevollmächtigte vertritt das ausländische Versicherungsunternehmen gegenüber der Aufsichtsbehörde und gegenüber Dritten in allen Angelegenheiten, welche die Ausführung der Versicherungsaufsichtsgesetzgebung betreffen (Art. 17 AVO).

c) Interne Überwachung der Geschäftstätigkeit

Das Versicherungsunternehmen hat ein wirksames internes Kontrollsystem einzurichten, das seine gesamte Geschäftstätigkeit umfasst. Zudem bestellt es ein von der Geschäftsführung unabhängiges internes Inspektorat.

In begründeten Einzelfällen kann das BPV ein Versicherungsunternehmen von der Pflicht, ein internes Inspektorat zu bestellen, befreien (Art. 27 VAG). Ein Versicherungsunternehmen, das von dieser Ausnahmebestimmung Gebrauch machen will, hat dem BPV ein entsprechend begründetes Gesuch einzureichen.

d) Bedeckung der Solvabilität

Das Versicherungsunternehmen hat der Aufsichtsbehörde jährlich einen Solvabilitätsnachweis für das Gesamtgeschäft einzureichen.

e) Gebundenes Vermögen

Die technischen Rückstellungen des Schweizergeschäfts sind durch ein gebundenes Vermögen sicherzustellen (Art. 17 VAG; Art. 70 – 95 AVO). Der Sollbetrag setzt sich aus den in Art. 68 AVO genannten Elementen zusammen. Er muss bei seiner Bestellung mindestens CHF 100'000 betragen (Art. 70 AVO), wobei die Mittel auf ein in der Schweiz zugelassenes Finanzinstitut einbezahlt werden müssen.

Der Sollbetrag des gebundenen Vermögens muss jederzeit durch bestimmte, dem gebundenen Vermögen zugeordnete Vermögenswerte gedeckt sein. Der Aufbau erfolgt zeitlich parallel zur Aufstockung der technischen Rückstellungen. Die erstmalige Bestellung des gebundenen Vermögens erfolgt auf den Zeitpunkt der Betriebsaufnahme. Für die Folgejahre verschickt das BPV die entsprechenden Formulare jeweils im Januar; Abgabetermin ist Ende März (Art. 72 AVO).

Das Versicherungsunternehmen muss für die jährliche Prüfung des gebundenen Vermögens an seinem Sitz eine Revisionsgesellschaft beauftragen und das BPV via Fragebogen informieren. Das BPV wird dem Versicherungsunternehmen einen vorbereiteten Vertrag zustellen.

f) Derivative Finanzinstrumente

Das Versicherungsunternehmen stellt der Aufsichtsbehörde jährlich einen Bericht über die Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten zu. Der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten durch die Versicherungsunternehmen ist in Art. 100 ff. AVO geregelt.

g) Betrieb der Rückversicherung

Die Bewilligung zum Betrieb eines Versicherungszweiges schliesst die Ermächtigung zum Betrieb der Rückversicherung in diesem Zweig mit ein.

h) Berichterstattungspflicht

Die Versicherungsunternehmen haben jährlich einen Geschäftsbericht und einen Aufsichtsbericht zu erstellen. Der Aufsichtsbericht ist dem BPV auf elektronisch ausgefüllten Formblättern, zusammen mit dem Geschäftsbericht, bis zum 30. April einzureichen (Art. 25 VAG).

i) Gebühr und Aufsichtsabgabe

Die Deckung der Kosten der Versicherungsaufsicht erfolgt durch Gebühren sowie eine jährliche Aufsichtsabgabe. Die Aufsichtsabgabe beträgt im Minimum CHF 3'000.-- (Art. 50 VAG; Art. 209 ff. AVO). Spezielle Hinweise über die Gebühren können dem Merkblatt „Gebührenpflichtige Verfügungen in der Versicherungsaufsicht“ entnommen werden.

j) Betrieb weiterer Versicherungszweige

Will das Versicherungsunternehmen weitere Versicherungszweige betreiben, so benötigt es hierfür eine Bewilligung des BPV für jeden weiteren Versicherungszweig (Art. 4 Abs. 2 lit. k VAG in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1 VAG). Das Versicherungsunternehmen legt seinem Gesuch alle Elemente des Geschäftsplanes bei, welche gegenüber den Angaben in Ziffer 2.1.1 bis 2.1.16 geändert haben oder neu eingeführt werden.

Dieses Dokument dient lediglich zur allgemeinen Information. Es stellt keine rechtsverbindliche Meinungsäusserung dar. Das Bundesamt für Privatversicherungen lehnt jede Haftung für Schäden ab, die sich aus der Verwendung des Dokuments ergeben können.